

KARL HEINZ ROTH
ZISSIS PAPADIMITRIOU
DIE KATASTROPHE
VERHINDERN
MANIFEST
FÜR EIN EGALITÄRES
EUROPA

EDITION NAUTILUS

Vorwort

Es ist Zeit zum Handeln: Fünf Jahre Krise sind genug. Die arbeitenden Klassen und Schichten sind die Hauptleidtragenden. Sie haben die Krise am wenigsten zu verantworten. Und doch werden die Krisenlasten ausschließlich auf sie abgewälzt. Sie beginnen, sich gegen diese Zumutung zu wehren und nach Alternativen zu suchen. Die Voraussetzungen für einen breiteren sozialen Widerstand sind somit günstig. Sie sind es auch deshalb, weil die herrschenden Eliten Europas zerstritten sind: Eine Fraktion setzt nach wie vor auf krisenverschärfende Sparprogramme, eine andere will den europäischen Integrationsprozess aufkündigen.

An diesen Rahmenbedingungen orientiert sich unsere Flugschrift. Im ersten Teil untersuchen wir, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte. Im zweiten Schwerpunkt diskutieren wir alternative Handlungsmöglichkeiten und entwickeln daraus ein Aktionsprogramm, das den alltäglichen sozialen Widerstand vor Ort mit der Perspektive eines föderativen und egalitären Europa verbindet.

Wir haben versucht, auch die ökonomischen Zusammenhänge verständlich darzustellen. Trotzdem mögen einige Begriffe übrig geblieben sein, die vielleicht nicht allen Leserinnen und Lesern vertraut sind. Andere LeserInnen werden wiederum nach dem Quellen- und Literaturmaterial fragen, das wir benutzt haben. Deshalb haben wir den vorliegenden Text durch ein Glossar und eine ausgewählte Literaturliste ergänzt. Beides kann auf der Webseite www.egalitarian-europe.com abgerufen werden.

Bremen/Thessaloniki, im Mai 2013

Die aktuelle Lage

In Europa geht die Verelendung um. Die herrschenden Gewalten haben begonnen, die arbeitenden Klassen in den Ruin zu treiben. Sie sind die Akteure eines Systems, das durch die Prinzipien der Profitmaximierung und der Konkurrenz geprägt ist. Dieses System ist instabil und nur so lange überlebensfähig, als es sich schubweise ausdehnt und den Reichtum der Wenigen durch die fortschreitende Enteignung, Ausbeutung und Verarmung der Vielen vermehrt. Droht diese Dynamik zum Stillstand zu kommen, weil die Profitraten fallen, so setzen die herrschenden Klassen alle Hebel in Bewegung, um die Ausbeutungsverhältnisse zu restrukturieren und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu beschleunigen. Ihre wichtigsten Strategien sind dabei die Vergrößerung und Verstetigung der wirtschaftlichen Reservearmee, die Verdichtung der Arbeitsprozesse, die Senkung der Löhne, die Privatisierung der öffentlichen Güter und der Sozialfonds sowie die Etablierung eines harten Schuldenregimes. Das Ergebnis sind vielschichtige Prozesse der Prekarisierung und Massenverarmung. Die subalternen Klassen werden ihrer elementaren Existenzrechte beraubt und müssen unter dem Druck einer konstant hohen Erwerbslosigkeit sozial ungesicherte, niedrig entlohnte und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse hinnehmen. Gleichzeitig verlieren sie die Kontrolle über ihre Reproduktionsbedingungen: Als überschuldete Zwangssparer sind sie der Willkür der Banken, Versicherungskonzerne und Regulationsbehörden ausgeliefert.

Seit der Großen Rezession von 2007 bis 2009 haben diese Pauperisierungsprozesse in Europa eine neue Qualität erreicht. Die Zahl der Erwerbslosen ist ständig gestiegen,

zuletzt auf 26,2 Millionen Menschen (10,8 %) in der Gesamt-EU (EU-27) und auf 19 Millionen Menschen (12,0 %) in der Euro-Zone. Von diesen Erwerbslosen sind 23,6 % bzw. 24,2 % Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. Dabei variiert die geografische Verteilung stark. In einigen Peripherieländern liegt die Erwerbslosenquote deutlich über dem Durchschnitt, so etwa in Griechenland (27 %), Spanien (26,2 %), Portugal (17,6 %) und Irland (14,7 %). Ihnen stehen die Länder der Kernzone – Deutschland, die Beneluxstaaten und Österreich – gegenüber, in denen sich die schon seit drei Jahrzehnten andauernde strukturelle Erwerbslosigkeit kaum verändert hat. Noch dramatischer sind die Unterschiede bei den jugendlichen Erwerbslosen. In den Peripherieländern werden inzwischen Quoten von 58 % (Griechenland), 55,5 % (Spanien), 38,7 % (Italien), 38,6 % (Portugal), 30,9 % (Irland) und 28,1 % (Polen) dokumentiert; ihnen stehen die deutlich niedrigeren Ziffern der Kernländer Niederlande, Österreich und Deutschland mit 10,3 %, 9,9 % bzw. 7,9 % gegenüber.

Hinter diesen Daten sind katastrophale individuelle und familiäre Schicksale verborgen. Noch immer bestimmt das Arbeitsverhältnis über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, so instabil und schlecht bezahlt es auch sein mag. Deshalb löst der länger anhaltende Jobverlust weitreichende Kettenreaktionen aus, die durch den befristeten Bezug von Arbeitslosenunterstützung nur hinausgeschoben werden. Nach der Beendigung dieser zeitlich befristeten Bezugsrechte beginnt der soziale Absturz, denn nun folgt die Ausgrenzung aus weiteren sozialen Sicherungsnetzen. Die Krankenversicherung erlischt und die Anwartschaft auf die Altersrente schrumpft zur Perspektive der Altersarmut. Da zudem die Löhne schon lange vor Krisenbeginn gesunken und die Sozialleistungen gestutzt worden waren, hatten viele Haushalte versucht, ihre Schieflage durch den kreditfinanzierten Kauf von Eigenheimen und Wohnungen

zu stabilisieren und diese zur Absicherung ihrer Existenzrisiken zu verpfänden. Als die Krise dann ihr überschuldetes Wohneigentum entwertete, brach die Konstruktion der kreditfinanzierten Einkommensstabilisierung zusammen. In Ostmitteleuropa, Großbritannien und in den Peripherieländern der Euro-Zone sind mittlerweile über eine Million Zwangsversteigerungsverfahren anhängig; über die Hälfte davon ist inzwischen vollstreckt. Allein in Spanien stehen 400 000, in Ungarn 120 000 und in Irland 85 000 Erwerbslosenhaushalte vor dem Nichts. Sie müssen sich in Armutsquartiere, Trabantenstädte und Ghettos zurückziehen, in denen die Infrastruktur weitgehend verrottet ist.

Der Verlust der Häuser und Wohnungen ist aber nur eine von vielen Folgeerscheinungen der Massenerwerbslosigkeit. Die aus ihren Eigenheimen vertriebenen Familien können oft nicht mehr für ihre Heizkosten aufkommen und ihre Mieten, Stromrechnungen und Telefongebühren nicht mehr bezahlen. Auch die älteren Familienangehörigen und Verwandten sind außerstande, helfend einzuspringen, weil ihre Rentenbezüge laufend gekürzt werden. Krankheiten werden zu einem kaum mehr kalkulierbaren Risiko und erzwingen die Preisgabe der letzten Ersparnisse. Hunderttausende sind inzwischen obdachlos und auf Notunterkünfte, unentgeltlich tätige Gesundheitszentren und die Essensrationen von Armentafeln angewiesen.

Besonders dramatisch ist die Situation der erwerbslosen Jugendlichen. Schon in den Jahren zuvor war ihnen durch die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen der Zugang zu einigermaßen fair bezahlten und verlässlichen Arbeitsplätzen verwehrt worden. Nun verloren sie auch ihre niedrig entgelteten und befristeten Jobs – allein in Spanien wurden seit Krisenbeginn zwei Millionen prekäre Jugendliche auf die Straße gesetzt. Für sie und alle anderen erwerbslosen Jugendlichen in Europa prägt dieses Schicksal mehr als eine biografische Episode, es wird ihr Leben jahrzehntelang

überschatten. Europaweit ist eine verlorene Generation im Entstehen begriffen, der die elementaren Voraussetzungen für den Beginn eines selbstbestimmten Lebens entzogen sind. In Griechenland sind mittlerweile 80 % aller Jugendlichen in ihre elterlichen Haushalte zurückgekehrt. Hunderttausende frisch ausgebildete Fachkräfte und Hochschulabsolventen aus Ostmittel- und Südeuropa sind inzwischen in die Länder der europäischen Kernzone, aber auch nach Nordamerika, in die arabischen Golfstaaten und in die früheren afrikanischen Kolonialgebiete ausgewandert. Hinzu kommt eine verstärkte Binnenwanderung aus den Armutsquartieren der städtischen Agglomerationen in die ländlichen Regionen.

Das sind nur einige herausragende Aspekte der um sich greifenden Verelendung und sozialen Destabilisierung, die nicht nur die Unterklassen, sondern zunehmend auch die unteren Segmente der Mittelschichten erfasst haben. Wer heute Europa bereist, bemerkt die Wegmarken der Armut und der Hoffnungslosigkeit. Sie sind in den Peripherieländern stärker ausgeprägt als in der Kernzone. Die neue Massenarmut hat inzwischen ein Drittel der Gesellschaften Ostmittel- und Südeuropas sowie der Peripherieländer der Euro-Zone im Griff und verkürzt ihre Lebenserwartung. Sie geht aber auch quer durch die EU-Mitgliedsländer. Auch in der Kernzone sind durchschnittlich 20 % aller Menschen verarmt. Ihre Zahl ist in Deutschland mit 16,1 Millionen Menschen (19,9 % der Gesamtbevölkerung) sogar absolut am höchsten.

Auch die soziale Demoralisierung folgt diesem Verteilungsmuster: In den Peripherieländern ist die Zahl der Selbsttötungen dramatisch gestiegen, und in den Armutsquartieren greifen Prostitution, Kleinkriminalität, innerfamiliäre Männergewalt und Drogenabhängigkeit um sich. Europaweit nutzen neofaschistische Organisationen die sozialökonomische Selbstzerstörung der repräsentativen

Demokratie zum demagogischen Stimmenfang und zu Gewaltakten gegen Flüchtlinge und soziale Minderheiten. Sie spielen das alte Spiel des Faschismus: Sie greifen die soziale Frage auf und leiten sie in die Kanäle einer hypernationalistischen Ethnopolitik weiter.

Was ist geschehen?

Das sind niederschmetternde Befunde für einen Kontinent, der in den offiziellen Sprachregelungen noch immer als reich gilt und dem am weitesten entwickelten Zentrum des Weltsystems zugerechnet wird. Wodurch wurde diese Wende ausgelöst? Welche Faktoren und Ereignisse haben der Wiederkehr der Massenverelendung in Europa die Tür geöffnet? Die Ursachen sind vielschichtig. Sie sind teilweise das Ergebnis weltweiter sozialökonomischer Entwicklungen, teilweise aber auch auf spezifische innereuropäische Konstellationen zurückzuführen. Ihre Ursprünge reichen bis in die 1970er Jahre zurück.

Die globalen Umbrüche seit den 1970er Jahren

Zu Beginn der 1970er Jahre kam es zu wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Umbrüchen, die vor allem von der US-amerikanischen Hegemonialmacht ausgelöst wurden und sich weltweit auswirkten. In den Jahren 1971 bis 1973 annullierte die Nixon-Administration unter dem binnen- und kriegswirtschaftlichen Inflationsdruck des Vietnamkriegs die Goldbindung des US-Dollars. Die offizielle Weltreservewährung des Bretton-Woods-Systems wandelte sich zur inoffiziellen und ungedeckten Leitwährung, und die beim Internationalen Währungsfonds festgeschriebenen Wechselkursrelationen wurden überwiegend freigegeben. Von nun an bestimmten die Akteure der Devisenmärkte die frei

schwankenden Kurse der Währungen. Weltweit entstanden neue Offshore-Märkte des US-Dollars, und davon ausgehend kamen Liberalisierungsprozesse in Gang, die die gesamten Kapitalmärkte für Aktien, Anleihen, Rohstoffe, Immobilien und industrielle Direktinvestitionen erfassten. Als die Schockwellen des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems im Herbst 1973 durch den Ölpreisschock des Yom-Kippur-Kriegs überlagert wurden, kam es zur Weltwirtschaftskrise, die zwei Jahre später in eine globale Stagnation überging. Diese Stagnation war durch niedrige Wachstumsraten, stürmische Preissteigerungen und hohe Arbeitslosigkeit geprägt und wurde 1983 durch eine wenig stabile weltwirtschaftliche Erholung abgelöst.

Unter diesen währungspolitischen Rahmenbedingungen begann eine neue Ära. Die liberalisierten Kapitalmärkte, ein mehrjähriger Zyklus von Arbeiterkämpfen mit erheblichen Reallohnsteigerungen und der zunehmende Druck der gefallenen Profitraten zwangen die Chefetagen der multinationalen Unternehmen zu einer strategischen Neuorientierung, die ihnen durch die Akteure der anlagesuchenden Kapitalmärkte wesentlich erleichtert wurde. Genauso bedeutsam waren einige neue technologische Instrumente, die den Unternehmensleitungen seit Beginn der 1970er Jahre durch den Mikrochip und die darauf basierenden Computersysteme zur Verfügung gestellt wurden. Unter diesen günstigen Kapitalmarkt- und Innovationsbedingungen gingen sie dazu über, die hochkonzentrierten Produktionskomplexe der strategisch wichtigen Industriezweige zu dezentralisieren. Sie rissen die dort massierten Arbeiterbelegschaften auseinander, unterwarfen sie den erneuerten Fertigungsverfahren und schwächten ihre kollektive Verhandlungsmacht.

Das war aber nur die eine Seite jenes Prozesses, der seit den 1970er Jahren den Übergang von der fordistischen Mammutfabrik zum postfordistischen Netzwerkunterneh-

men bestimmte. Die zunehmend dezentralisierten Großunternehmen der Triade-Region (USA, Japan und Europa) gingen gleichzeitig dazu über, die Grenzen ihres ökonomischen Gravitationszentrums zu überschreiten und in den Schwellen- und Entwicklungsländern neue Niederlassungen aufzubauen. Auch hierbei konnten sie sich auf die immer rascher liberalisierten Kapitalmärkte stützen, die die Schwellen- und Entwicklungsländer mit billigen Darlehen überfluteten und den Aufbau ihrer Infrastruktur sowie spezifischer neuer Wachstumszentren – der Sonderwirtschaftszonen – vorantrieben. Auf dieser Basis etablierten die multinationalen Unternehmen dann neue Netzwerke der internationalen Arbeitsteilung. Sie gingen dazu über, die nach wie vor arbeitsintensiven Fertigungs- und Dienstleistungssegmente in den globalen Süden auszulagern. Das Resultat waren transnational organisierte Wertschöpfungsketten, die es gestatteten, die industriellen Reservearmeen der weniger entwickelten Kontinente in die Prozesse der Mehrwertproduktion einzubeziehen. Die in den internationalen Handelsbeziehungen schon seit Jahrhunderten genutzten Wege des komparativen Kostenvorteils wurden auf den Produktionszyklus übertragen. Dabei wurden unterschiedliche Entwicklungsstufen der Produktionstechnologie entsprechend dem Qualifikations- und Lohnstandard der Belegschaften des jeweiligen Netzwerkstandorts eingesetzt. Die Folge dieser transkontinentalen Zerlegung der Gesamtarbeit in unterschiedlich produktive Komponenten war eine nachhaltige Steigerung ihrer Ausbeutungsrate. In diesem Zusammenhang spielten auch die technologischen Umwälzungen im Transportsektor eine wichtige Rolle: Die breite Durchsetzung des Container-Systems machte es möglich, die Transportketten kontinentübergreifend zu schließen und die Beförderungskosten derart zu senken, dass die weltweite Dislozierung von Investitions- und Anlagekapitalien rentabel wurde.

Indessen verlief dieser Umbruch keineswegs glatt. Es dauerte Jahre, bis sich die Akteure der weltweit »finanziализierten« Kapitalbewegungen mit den Strategen der postfordistischen Umstrukturierung der Industrieproduktion abgestimmt hatten. Auch die Kompradoren-Eliten des globalen Südens mussten sich erst einmal an die veränderten Bedingungen der nachholenden Entwicklung anpassen. Sie übernahmen die Aufgabe, ihre Märkte zu öffnen, die industriellen Reservearmeen zu mobilisieren, die Entwicklung der Infrastruktur auf die den multinationalen Konzernen genehmen Standorte zu konzentrieren und ihre Finanzsektoren so zu erweitern, dass sie die wachsenden Kapitalzuflüsse verkrafteten und die öffentlichen Budgets auf einen noch nie dagewesenen Verschuldungskurs zu trimmen vermochten. Aber auch in den metropolitanen Zentren häuften sich die Schwierigkeiten. In vielen Ländern der Triade-Region widersetzten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter mit oder ohne Unterstützung durch ihre Gewerkschaften den Umstrukturierungen und Standortverlagerungen. Letztlich konnte ihr Widerstand nur durch den harten Zugriff der politischen Klassen der Regulationssysteme gebrochen werden – insbesondere in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Italien. Erst nach einer mehrjährigen Stagnationsphase, die als »Ära der Stagflation« in die Geschichte einging, erwies sich der Kampf um den Wiederaufschwung der Profitraten als erfolgreich.

Aber auch nach dem Durchbruch von 1982/83 gab es zyklische Höhen und Tiefen. In den Schwellen- und Entwicklungsländern Lateinamerikas und Südostasiens entwickelte sich eine massive Schuldenkrise. Das neue Entwicklungsmodell drohte an der Zahlungsunfähigkeit mehrerer aufstrebender Nationalökonomien zu scheitern. Daraufhin lancierten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank radikale Strukturanpassungsprogramme, wobei sie die Vergabe von Hilfskrediten von der Bereitschaft

zur vorrangigen Sanierung der öffentlichen Haushalte abhängig machten. Dadurch schlugen sie zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen bewahrten sie die internationalen Investoren vor Verlustabschreibungen, zum anderen zwangen sie die Leitungsstäbe der überschuldeten Regime zum Verzicht auf eigenständige Entwicklungsoptionen. Sie mussten ihre Präferenzen für eine importsubstituierende Entwicklung und den Aufbau starker öffentlicher Wirtschaftssektoren preisgeben und sich dem Diktat der multinationalen Konzerne und Finanzinstitutionen unterwerfen.

In den Zentren des Weltsystems entwickelte sich hingegen nach der Niederwerfung der Arbeiterkämpfe der 1970er Jahre ein unterschwelliger Dauerkonflikt. Die arbeitenden Klassen und Schichten waren auch jetzt noch nicht bereit, die sich schleichend verstärkende De-Industrialisierung und die damit einhergehende Verstetigung der Erwerbslosigkeit passiv hinzunehmen. Viele Industriearbeiter entzogen sich dem verdichteten Arbeitsregime der verschlankten Fabriken und machten sich als kleine Gewerbetreibende selbstständig oder flüchteten in die Nischen der beruflichen Fortbildung. Andere untergruben die neuen Konzepte der Gruppenarbeit und der Just-In-Time-Verfahren durch passive Resistenz, je mehr die Lohnentwicklung hinter der Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückblieb. Diese stummen und öffentlich kaum wahrgenommenen Konflikte bremsten die gestiegene Profitabilität der Umstrukturierungsprozesse wieder ab. Die Kapitalvermögensbesitzer und Chefmanager der strategischen Wirtschaftszweige hielten deshalb nach rentableren Anlagesphären Ausschau. Dabei griffen sie auf Vorschläge zurück, die eine neue Schule der marktradikalen Ökonomik – Angebotstheoretiker, Monetaristen und Public-Choice-Propagandisten – entwickelt, nach der Konterrevolution in Chile erstmals praktisch erprobt und inzwischen auch bei einigen

Exponenten der metropolitanen politischen Klasse – insbesondere Margaret Thatcher und Ronald Reagan – hof-fähig gemacht hatten. Sie gingen erstens dazu über, die in den 1950er und 1960er Jahren entstandenen Reglements zur Stabilisierung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsmärkte und Tarifvertragssysteme auszuhebeln, um die Arbeitsverhältnisse an die flexibilisierten und dezentralisierten Produktionssysteme anzupassen und die Lohnstückkosten zu senken. Zweitens starteten sie von Großbritannien ausgehend eine groß angelegte Kampagne zur Privatisierung des öffentlichen Sektors und unterwarfen die Bereitstellung von Energieressourcen, Elektrizität, Wasser, Postverbindungen, Telekommunikation und Verkehrsdienstleistungen dem Prinzip der Profitmaximierung. Einen dritten Investitionsschwerpunkt bildete die Destabilisierung und Privatisierung der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die überwiegende Mehrheit der metropolitanen Arbeiterhaushalte vor den wichtigsten existenziellen Risiken – Erwerbslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter – absicherten. Sie wurden den Investoren der Krankenhauskonzerne, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften ganz oder teilweise geöffnet: Die öffentlichen Leistungen wurden – bei konstant bleibenden oder gar weiter steigenden Sozialabgaben – so weit gekürzt, dass die Versicherten zunehmend zur Weitergabe ihrer Ersparnisse an die finanzialisierte Kapitalsphäre gezwungen wurden. Den vierten Schwerpunkt des Angriffs auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der subalternen Klassen organisierten die politischen Eliten der Nationalökonomien in Eigenregie. Sie operierten dabei auf ihrem ureigensten Terrain, nämlich der Steuerpolitik, dem Kernstück der öffentlichen Einkünfte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die steuerlichen Abgaben der Wohlhabenden und Reichen erheblich erhöht worden und hatten teilweise Spitzensätze bis zu 80 % erreicht. Diese Spitzen-

positionen wurden nun drastisch zurückgefahren: Die Vermögensteuern verschwanden oft völlig, die Kapitalsteuern unterschritten die 30-%-Grenze, und bei den Einkommensteuern pendelten sich Höchstsätze zwischen 35 und 42 % ein. Selbstverständlich mussten diese Einnahmeverluste kompensiert werden – auf Kosten der abhängig Beschäftigten und der unteren Mittelschichten. Es kam zur gegenläufigen Erfindung neuer Besteuerungsarten, die Mehrwertsteuersätze wurden verdoppelt, und die Lohnsteuern avancierten zusammen mit den indirekten Abgaben zur neuen Hauptstütze der öffentlichen Haushalte.

Gegen diesen konzentrischen Angriff der Kapitalvermögensbesitzer, Unternehmensleitungen und politischen Klassen leisteten die metropolitanen Unterklassen zähen und hinhaltenden Widerstand. Es dauerte zweieinhalb Jahrzehnte, bis die restrukturierten Arbeits- und Sozialbeziehungen in den meisten Ländern der Triade-Region mehr oder weniger weitgehend durchgesetzt waren. Letztlich war es aber dem Schock des Untergangs der Sowjetunion und dem strategischen Anpassungskurs der traditionellen Arbeiterbewegung geschuldet, dass die von den USA und Großbritannien ausgehenden Impulse durchgesetzt werden konnten. Ein neuer, finanzialisierter Kapitalismus war entstanden, der die sozialstaatlich integrierte Arbeiterklasse des entwickelten Zentrums in ein neues Proletariat verwandelte. Seine wichtigste Waffe war dabei eine strukturell verfestigte wirtschaftliche Reservearmee. Davon ausgehend entstand eine breite Masse niedrig entgelteter, sozial ungeschützter und instabiler Arbeitsverhältnisse, bei denen zeitlich befristete und scheinselfständige Kontraktbeziehungen dominieren. Von dieser Entwicklung sind heute nur noch die für die exportorientierten Konzerne unentbehrlichen hoch qualifizierten Kernbelegschaften ausgenommen. Aber selbst sie sind genauso wie die neuen Prekären, Scheinselfständigen und Unterbeschäftigten dem Stress des Zwangssparens

zur Abfederung ihrer Existenzrisiken unterworfen – und damit gleichzeitig den Risiken des Schuldenmachens ausgeliefert. Das war die Kehrseite des neuen Akkumulations- und Regulationsmodells, das ab Mitte der 1990er Jahre wieder steigende Profitraten auswies und im Jahr 2002 nach einer kurzen Krise des Internet-Sektors in eine mehrjährige Boom-Phase eintrat.

Aber auch die Peripherie des Weltsystems war Schauplatz dramatischer Umwälzungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Auf den Schock der Strukturanpassungsprogramme folgten zu Beginn der 1990er Jahre die Implosion des osteuropäischen RGW-Blocks (»Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe«) und fünf Jahre später eine Serie neuer Währungs- und Finanzkrisen. Trotzdem blieb der an sich zu erwartende neuerliche Niedergang der Schwellen- und Entwicklungsländer aus. Die herrschenden Klassen der Peripherie hatten aus den rasch aufeinander gefolgt Katastrophen ihre Konsequenzen gezogen. Dabei konnten sie sich vor allem auf jene strategischen Optionen stützen, die die politisch-wirtschaftliche Elite der Volksrepublik China entwickelt hatte, um den Fallstricken der nachholenden und ungleichen Entwicklung zu entgehen. Sie hatte ihre Währung, den Renminbi, an den US-Dollar gekoppelt und war dazu übergegangen, ihre steigenden Exporte in die USA durch die Aufnahme US-amerikanischer Staatsanleihen und Devisen abzusichern. Die chinesische Nationalökonomie wurde zum größten Gläubiger der Vereinigten Staaten und baute riesige Devisenreserven auf. Sie wurde gegenüber den globalen Währungs- und Kapitalmarkturbulenzen weitgehend immun und konnte ihre technologische Basis verbessern, die in den Joint-Venture-Projekten der Sonderwirtschaftszonen gesammelten Erfahrungen verallgemeinern, den Staatssektor restrukturieren und die sozioökonomische Infrastruktur ausbauen. Das alles geschah zu erheblichen Teilen auf dem Rücken der über-

ausgebeuteten, extrem niedrig entlohten und rechtlosen Wanderarbeiter sowie zu Lasten des hinterherhinkenden landwirtschaftlichen Sektors und seiner zum Zwangssparen verurteilten Haushalte – eine bedrückende Parallele zum Niedergang der metropolitanen Arbeiterklasse. Auf diese Weise schafften auch China und die dessen Entwicklungsimpulsen folgenden Schwellen- und Entwicklungsländer im Verlauf der 1990er Jahre den Durchbruch zu steigenden Profitraten und zu einem nachhaltigen Aufschwung. Im Gegensatz zu den Ländern der Triade-Region wurden die erwirtschafteten Gewinne überwiegend in die industrielle Basis und die Infrastruktur reinvestiert und generierten hohe Wachstumsraten.

Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen (Währungs-)Union

An diesen globalen Entwicklungen waren die Wirtschaftsnationen West- und Mitteleuropas führend beteiligt. Sechs von ihnen – Frankreich, die Beneluxländer, Italien und die Bundesrepublik Deutschland – hatten sich 1958 zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammengeschlossen, um in Europa endlich Frieden zu stiften. Darüber hinaus neigte sich die Ära der Marshallplan-Darlehen und ihres finanziellen Gegenparts, der Europäischen Zahlungsunion, dem Ende zu. Der wichtigste Vorläufer der EWG war die sechs Jahre zuvor gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ein politisch verbrieftes »Großraumkartell« der westeuropäischen Montanindustrie. Diese Konstruktion war nun auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt worden. Sie hatte den Unternehmen der Mitglieds-

länder durch die Aufhebung der Warenzölle, den Abbau der Kapitalverkehrskontrollen und die Vereinheitlichung der wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen neue Expansions- und Verflechtungsmöglichkeiten eröffnet. Ihr politisches Fundament bildete eine strategische Allianz der französischen und westdeutschen herrschenden Klassen: Die EWG sollte den langfristigen Wiederaufstieg des (west-)deutschen Wirtschaftspotenzials absichern, zugleich aber die Entstehung einer deutschen Führungsposition in Europa verhindern. Jedoch stellte das westdeutsche Wirtschaftsmodell das machtpolitische Gleichgewicht der Achse Paris–Bonn von Anfang an in Frage. Der aufgrund des Rüstungsbooms der NS-Ära akkumulierte Kapitalstock war für die westdeutsche Binnenwirtschaft viel zu groß. Die erweiterte Reproduktion der großindustriellen Schlüssel-sektoren – Stahlindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Chemische Industrie und Automobilindustrie – schien nur noch gewährleistet, wenn ihre Produkte in steigendem Umfang exportiert wurden. Das setzte die kontinuierliche Drosselung der Arbeitskosten und der binnenwirtschaftlichen Nachfrage voraus, um auf der Basis niedriger Lohnstückkosten und Preise immer größere Auslandsmärkte erobern und durch nachfolgende Kapitalexporte absichern zu können. Diese neomerkantilistische Strategie musste innerhalb der EWG auf mittlere Sicht zu erheblichen Ungleichgewichten führen: Die ständigen westdeutschen Zahlungsbilanzüberschüsse führten bei den weniger wettbewerbsfähigen Mitgliedsländern notwendigerweise zu chronischen Defiziten. Durch den bis 1959 wirksamen Ausgleichsmechanismus der Europäischen Zahlungsunion wurde diese Tendenz zunächst abgeschwächt. Aber schon im Verlauf der 1960er Jahre kam sie deutlich zum Tragen. Allerdings war es der Deutschen Bundesbank aufgrund der hegemonialen Stellung der US-amerikanischen Zentralnotenbank noch nicht möglich, das großindustrielle Export-Dumping durch

hohe Zinssätze und die Beschränkung der Geldmenge währungs- politisch abzusichern. Trotzdem avancierte die west- deutsche Währung, die D-Mark, bis Ende der 1960er Jahre zur harten »Ankerwährung« der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft.

Im Kontext des Zusammenbruchs des Bretton-Woods- Systems und der internationalen Währungsturbulenzen von 1971 bis 1973 manifestierten sich die innereuropäischen Ungleichgewichte erstmalig auf dramatische Weise. Die Bundesbank nutzte die jetzt gewonnene Handlungsfreiheit: Sie ließ die D-Mark frei gegen den US-Dollar schwanken und ging zur Hochzinspolitik sowie zur Beschränkung der Geldmenge über. Die Zahlungsbilanzdefizite Frankreichs und Italiens erreichten daraufhin Steigerungsraten, die zum Gegensteuern zwangen und – vor allem im Gefolge der Ab- wertung der italienischen Lira – die EWG aufzusprengen drohten. Nach schweren Auseinandersetzungen verständig- ten sich die Exponenten der deutsch-französischen Achse auf eine währungs- politische Kompromisslösung. Sie setz- ten 1972 in den EWG-Gremien die Etablierung eines Wech- selkursverbunds durch, der nur noch Schwankungen der Wechselkurse in einer Bandbreite von jeweils 2,25 % nach oben und unten zuließ, während sich die miteinander ver- bundenen Währungen gegenüber dem US-Dollar frei be- wegen konnten. Da sie sich dabei gegenseitig nachzogen, entstand eine »Währungsschlange«, die die von den USA ausgehende »Große Inflation« nur begrenzt abfederte und das westdeutsche Export-Dumping nur unzureichend ab- schwächte.

Trotzdem wurde diese Lösung von den Führungs- schichten zahlreicher Nachbarstaaten positiv eingeschätzt. Es schien gelungen zu sein, die destruktiven Folgen der expansiven Geldpolitik der US-amerikanischen Hegemo- nialmacht einzudämmen, ohne auf die in Gestalt des Euro- Dollarmarkts in Gang kommende weltweite Liberalisierung

der Kapitalmärkte verzichten zu müssen. Im Jahr 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der EWG bei. Dabei war vor allem der britische Beitritt von paradigmatischer Bedeutung, denn dadurch wurde eine von London initiierte Konkurrenzgründung zur EWG, die European Free Trade Association (EFTA), entscheidend geschwächt. Auch in den folgenden Jahren kam es immer wieder zu neuen Beitrittswellen, die das nun als Europäische Gemeinschaft (EG) bzw. als Europäische Union (EU) firmierende und von einer wachsenden Zahl von Wirtschaftsnationen getragene Großraumkartell als expansive Großmacht auswiesen. Das ist erstaunlich, denn es handelt sich bis heute um ein hybrides und instabiles Gebilde, das über keine demokratische Legitimationsbasis verfügt und wesentliche Regulationsfelder – vor allem die Arbeits-, Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik – aus dem supranationalen Integrationsprozess ausschließt. 1981 trat Griechenland der EG bei, 1986 folgten Portugal und Spanien. Neun Jahre später schlossen sich die bisherigen EFTA-Staaten Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Gemeinschaft an. Von besonderer Bedeutung war die im Jahr 2004 vollzogene »Osterweiterung«, die auf einen Schlag sieben ostmitteleuropäische Transformationsländer des untergegangenen RGW-Blocks unter das Dach der EU brachte, nämlich Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn; hinzu kamen das 1991 aus der Jugoslawischen Föderation ausgetretene Slowenien sowie an der mediterranen Südgrenze die Inselrepublik Malta und der griechische Teil Zyperns. Zuletzt folgten im Jahr 2007 die südosteuropäischen Länder Bulgarien und Rumänien. Als zweiter ex-jugoslawischer Bundesstaat wird in diesem Jahr (2013) Kroatien aufgenommen, weitere Beitrittskandidaten sind derzeit Island (seit 2009), Makedonien (seit 2005), Montenegro (seit 2010), Serbien (seit 2012) und die Türkei (seit 1999). Dagegen haben ablehnende Referenden in Nor-

wegen und der Schweiz bislang die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verhindert.

Gegen Ende der 1970er Jahre wurde der europäische Integrationsprozess zum zweiten Mal durch weltwirtschaftliche Verwerfungen auf die Probe gestellt. Der Europäische Wechselkursverbund drohte angesichts neuer Währungsturbulenzen auseinanderzubrechen, und die zweite Erdölkrise des Jahres 1979 hatte zur Folge, dass die wirtschaftliche Stagnation in eine europaweite Rezession umschlug. Erneut wurden die politischen Spitzenakteure der deutsch-französischen Achse aktiv. Sie vereinbarten die Einführung einer gemeinsamen Buchwährung, der European Currency Unit (ECU), die durch einen – dem jeweiligen Wirtschaftspotenzial proportionalen – Währungskorb aller beteiligten Währungen gebildet werden sollte. Gegenüber dieser Verrechnungswährung sollten die Währungen der Mitgliedsländer wie bisher mit einer Bandbreite von maximal 2,25 % nach unten und oben schwanken können. Der Vorschlag wurde im Dezember 1978 vom Europäischen Rat angenommen. Das »Europäische Währungssystem« (EWS) war seit 1979 in Kraft. Da die westdeutsche Nationalökonomie die EG inzwischen währungs- und wirtschaftspolitisch dominierte, avancierte die »Ankerwährung« D-Mark zur faktischen Leitwährung. Was sich bei der Einführung der »Währungsschlange« zu Beginn der 1970er Jahre schon angedeutet hatte, wurde nun endgültig zur vorherrschenden Tendenz: Die Deutsche Bundesbank dominierte mit ihrer Hochzinspolitik und ihrer restriktiven Geldmengenstrategie das Geschehen und zwang den Zentralbanken der Partnerländer ihr Gesetz des Handelns auf. Gleichzeitig war es den anderen Mitgliedsländern nur noch begrenzt möglich, das deutsche Exportpreis-Dumping durch die Abwertung ihrer Währungen zu neutralisieren. Die sich in den Zahlungsbilanzdefiziten manifestierende Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit konnte nur noch durch

die Mobilisierung binnenwirtschaftlicher Instrumente ausgeglichen werden. Zu diesen Hebeln der »inneren Abwertung« gehörten vor allem drastische Lohnsenkungen, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Reduktion der Sozialausgaben und die forcierte Besteuerung der Mas-seneinkommen zur Stabilisierung der öffentlichen Budgets. Die Regierungen der EG-Mitgliedsländer gewichteten diese Möglichkeiten unterschiedlich. Eine erste Welle der Restriktionspolitik hatte in den 1980er Jahren die Europäische Gemeinschaft im Griff. Sie zementierte die in der Stagflationsphase entstandene strukturelle Erwerbslosigkeit und begründete auch in Europa die neue Ära der prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse, wie sie sich zu dieser Zeit in der gesamten Triade-Region durchsetzte. Jedoch folgten nicht alle Mitgliedsländer diesen Vorgaben. Einige blieben dem Europäischen Währungssystem fern und forcierten den nachholenden wohlfahrtsstaatlichen Aufbau, so etwa Griechenland. Aber das waren Ausnahmen. Die »innere Abwertung« dominierte. Sie stellte eine spezifisch europäische Variante des weltweiten Angriffs auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Unterklassen dar. Durch sie sollten Ungleichgewichte ausgeglichen werden, die vor allem dadurch entstanden, dass die neomerkantilistische Führungsmacht das durch die Einführung fester und nur begrenzt anpassungsfähiger Wechselkurse begründete Europäische Währungssystem einseitig zu ihrem Vorteil ausnutzte.

Wie weitgehend die Bundesrepublik Deutschland inzwischen den europäischen Integrationsprozess dominierte, zeigte sich zu Beginn der 1990er Jahre auf besonders drastische Weise. Im November 1989 war die Berliner Mauer gefallen. In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hatte ein umfassender Demokratisierungsprozess begonnen, durch den die Frage einer in mehreren Etappen zu vollziehenden deutsch-deutschen Föderation auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diese Tendenzen zur selbst-

bestimmten Erneuerung auf gleicher Augenhöhe widersprachen den Intentionen der westdeutschen Herrschaftseliten: Sie wollten das durch die Implosion des RGW-Blocks geöffnete strategische Fenster nutzen, um die DDR schnellstmöglich zu liquidieren und sich ihr Wirtschaftspotenzial einzuverleiben. Das war nur möglich, wenn die vier alliierten Siegermächte zustimmten und die DDR nach dem Inkrafttreten eines De-facto-Friedensvertrags (Zwei-plus-Vier-Vertrag) zu existieren aufhörte. Gleichzeitig musste eine breite Mehrheit der DDR-Bevölkerung für die uneingeschränkte Übernahme des westdeutschen Wirtschaftsmodells gewonnen werden. Das ließ sich am besten dadurch bewerkstelligen, dass die materiellen Voraussetzungen für einen selbstbestimmten Demokratisierungs- und Föderationsprozess zerstört und gleichzeitig durch eine drastische Steigerung der Massenkaukraft kompensiert wurden. Der wichtigste Hebel dazu war die Währungspolitik: Die DDR-Währung wurde im Verhältnis zur D-Mark so stark aufgewertet, dass die DDR-Wirtschaft schlagartig ihre osteuropäischen Exportmärkte verlor, aufgrund der rasanten Reallohnsteigerungen gegenüber der westdeutschen Konkurrenz wettbewerbsunfähig wurde und die DDR-Bevölkerung bei der Umstellung ihrer Guthaben auf die D-Mark in den Genuss eines erheblichen Kaufkraftzuwachses gelangte. Diese Operation war erfolgreich. Die DDR-Ökonomie ging innerhalb weniger Monate Bankrott. Ihre Staatsbetriebe wurden einer zentralen Privatisierungsanstalt (Treuhandaanstalt) übereignet und mit Ausnahme einiger wettbewerbsfähiger Kerne stillgelegt. Parallel dazu traten die neu gebildeten ostdeutschen Bundesländer in die Bundesrepublik Deutschland über.

Die Prozeduren des DDR-Anschlusses machten zeitweilig einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel erforderlich. Die Zerstörung der ökonomischen Substanz und die gleichzeitige Gewinnung der Bevölkerung des An-

schlussgebiets waren nur auf der Basis massiver öffentlicher Transferleistungen, einer enormen Ausweitung der Geldmenge und eines gewaltigen Nachfrageschubs möglich. Die Folgen dieses geopolitisch begründeten Rückgriffs auf die Instrumente des keynesianischen Deficit Spending ließen denn auch nicht auf sich warten. Es kam im »wiedervereinigten« Deutschland zu einem markanten Konjunkturschub, während die Staatsverschuldung drastisch in die Höhe schnellte.

Diese Entwicklungen waren in ein europäisches Umfeld eingebettet, das durch starke Stagnationstendenzen geprägt war. Jedoch dachten die deutschen Herrschaftseliten nicht im Geringsten daran, die durch den DDR-Anschluss entstandenen Wachstumsimpulse auf die EG-Ebene zu übertragen und ihre bisherige restriktive Linie zu lockern. Sobald der DDR-Anschluss irreversibel geworden war, erhöhte die Bundesbank ihren Leitzins auf knapp 9 % und würgte die deutsch-deutsche Sonderkonjunktur wieder ab. Auch auf europäischer Ebene hatte dieses Vorgehen weitreichende Folgen. Das Europäische Währungssystem wurde 1992/93 schwer erschüttert. Die Regierungen Italiens und Großbritanniens entschieden sich zum Austritt – Großbritannien für immer. Um die Konstruktion zumindest formal aufrechtzuerhalten, musste die Bandbreite der Wechselkursschwankungen auf 15 % erhöht werden. Gleichzeitig trat die deutsche Nationalökonomie in eine Stagnationsphase ein, die bis zum Beginn des neuen Millenniums andauerte. Infolgedessen kamen viele Beobachter zum Schluss, dass die deutsche Hegemonialstellung trotz ihres enormen Potenzialzuwachses geschwächt sei.

Auch die Entscheidungsträger des französischen Allianzpartners waren dieser Auffassung und unternahmen einen neuen Anlauf zur Eindämmung der deutschen Vormachtstellung. Die Voraussetzungen dazu schienen nicht schlecht: Die französischen Eliten hatten ihre Zustimmung zum

Zwei-plus-Vier-Vertrag von einer weiteren Verdichtung des europäischen Integrationsprozesses abhängig gemacht. Die wichtigsten Instrumente dazu sollte die Währungspolitik bereitstellen. Um den weiteren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zum D-Mark-Block zu verhindern, sollte das Europäische Währungssystem durch die Einführung einer gemeinsamen Währung abgelöst werden, und eine Europäische Zentralbank sollte den wirtschafts- und währungspolitischen Integrationsprozess beschleunigen. Die deutsche Bundesregierung hatte diesen Forderungen zugestimmt, um den DDR-Anschluss nicht zu gefährden, und sich mit dieser Entscheidung über die Bedenken der Bundesbank und der führenden finanz- und wirtschaftspolitischen Beratungsgremien hinweggesetzt.

Tatsächlich neigte sich im Verlauf der 1990er Jahre die Ära des D-Mark-Blocks ihrem Ende zu. Aber es gelang den europäischen Akteuren nicht, die neomerkantilistische Strategie der deutschen Herrschaftseliten zu blockieren und die binneneuropäischen Ungleichgewichte abzubauen. Das von den Beratern des französischen Präsidenten François Mitterrand entwickelte Dreistufenmodell wurde von den deutschen Verhandlungspartnern systematisch zugunsten des Vorrangs ihrer Eigeninteressen ausgestaltet. Sie wollten unter allen Umständen verhindern, dass die deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse durch die Verpflichtung zu Transferleistungen an die Defizitländer ausgeglichen werden mussten. Dabei waren sie überraschend erfolgreich, und am Ende zementierten alle drei Integrationsetappen einmal mehr den deutschen Führungsanspruch. Zuerst wurde 1992 der Maastricht-Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verabschiedet: Er verpflichtete alle Mitgliedsländer zu einer restriktiven Geldmengenpolitik, zur Harmonisierung der Wechselkursrelationen und Zinssätze sowie zur strikten Haushaltsdisziplin. In der zweiten Stufe, die zu Beginn des Jahrs 1994 in Kraft

trat, wurde die Verpflichtung zu gegenseitigen finanziellen Stabilisierungsmaßnahmen explizit ausgeschlossen und zusätzlich festgelegt, dass die nationalen Zentralbanken keine Kredite mehr an ihre Regierungen vergeben durften. Darauf folgte 1998/99 mit der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Einführung des Euro – zunächst nur als Buchgeld, seit 2002 dann als Vollwährung – die dritte Stufe. Die EZB stellte eine komplette Kopie der Deutschen Bundesbank dar. Sie ist von der EU-Kommission und allen anderen EU-Gremien unabhängig, zur restriktiven Geldmengenpolitik – mit einem Inflationsziel unter der Grenze von 2 % – verpflichtet und nicht berechtigt, Kredite an die Regierungen der Mitgliedsländer zu vergeben. Damit hatten sich die deutschen Präferenzen für eine exportgetriebene und deflationäre Wirtschafts- und Währungspolitik vollständig durchgesetzt. Dies sollte Europa eine steigende strukturelle Erwerbslosigkeit, wachsende Niedriglohnssektoren und eine stagnierende Binnenwirtschaft bescheren.

Unmittelbar nach der Einführung der europäischen Einheitswährung gingen die deutschen Herrschaftseliten dazu über, die errungenen Vorteilspositionen zu nutzen und auszubauen. Während die Akteure der industriellen Schlüsselsektoren die Arbeitsproduktivität durch umfassende technologische Innovationen steigerten, startete die sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung ein beispielloses Programm zum Ausbau der deutschen Wettbewerbsposition auf dem europäischen Binnenmarkt. Sie schnürte ein restriktives Sozialprogramm (»Agenda 2010«) zur beschleunigten Deregulierung der Arbeitsmärkte, zur Einführung eines Niedriglohnssektors und zum Abbau der Sozialleistungen im Bereich der Gesundheits- und Altersversorgung. Auch das soziale Sicherungsnetz zur Vermeidung von absoluter Verarmung und Obdachlosigkeit wurde tiefer gehängt und mit engmaschigen Verfahren zur Arbeitserzwingung (»Hartz IV«) verbunden. Letztlich wurde im Zusammenwirken

dieser Maßnahmen der Versuch gestartet, die strukturelle Erwerbslosigkeit mit allen ihren sozialen Folgekosten durch ein arbeits- und sozialpolitisches Regime zu ersetzen, in dem alle Erwerbsfähigen zu extrem schlechten Arbeits- und Entgeltbedingungen ausgebeutet werden können. Das sozialdemokratisch-keynesianische Konzept der Vollbeschäftigung wurde durch ein Modell der allgemeinen Voll-Unterbeschäftigung abgelöst. Dadurch ist es den Technokraten des Neomerkantilismus gelungen, die strukturelle Erwerbslosigkeit einzudämmen und teilweise durch neuartige Formen der niedrigentlohnerten Unterbeschäftigung abzulösen, die trotzdem in das – auf Minimalstandards heruntergefahrenes – Sozialsystem integriert blieben. Auf diese Weise wurde der deutsche Wettbewerbsvorsprung auf dem europäischen Terrain nun endgültig uneinholbar. Während sich die Arbeitsproduktivität auf ein Niveau von 35 % über dem europäischen Durchschnitt zubewegte, blieben die Lohneinkommen um 50 % darunter. Die Lohnstückkosten sanken infolgedessen derart, dass selbst die Mitbegründer des europäischen Integrationsprozesses – an erster Stelle Italien und Frankreich – weit hinter dem deutschen »Exportweltmeister« herhinkten.

Trotzdem hatte die Einführung des Euro auch Nebeneffekte, die die Europäische Union fürs Erste stabilisierten und ihr sogar einen mehrjährigen Wirtschaftsboom bescherten. Diese Phänomene waren vor allem auf ihre anhaltende territoriale Expansion zurückzuführen. Dabei spielten die »Osterweiterung«, die sukzessive Aufnahme von zuletzt 17 der insgesamt 27 EU-Mitgliedsländer in die Euro-Zone und die Anbindung der übrigen Staaten an den Euro als Leitwährung eine wichtige Rolle. Es kam zu einer massiven Verlagerung der Kapitalbewegungen in die ostmitteleuropäische Peripherie der EU und die Randstaaten der Euro-Zone. In allen diesen Ländern verfügten die Unternehmen, Haushalte und Regierungen plötzlich über eine

harte Währung oder waren an den Euro als harte Leitwährung gebunden. Parallel dazu kam es zu massiven Kapitalverflechtungen mit den Großunternehmen der europäischen Kernzone und globalen Investoren. Erhebliche Preis- und Lohnsteigerungen waren die Folge, denen gegenüber die restriktiven Ansätze der Europäischen Zentralbank zunächst versagten. Ein Wirtschaftsboom setzte ein und schien, da er vor allem von den neuen osteuropäischen Ländern und den Peripherieländern der Euro-Zone ausging, die binneneuropaischen Ungleichgewichte allen restriktiven Steuerungsmechanismen zum Trotz zu neutralisieren. Wie sich bald zeigte, war das eine illusionäre Vorstellung. Der Boom wurde vor allem durch eine massive Verschuldung der Unternehmen, Privathaushalte und öffentlichen Budgets getragen. Selbst Millionen von Arbeiterfamilien glaubten, ihre gesunkenen Lohninkommen und ihre infolge der Privatisierung der öffentlichen Güter und Sozialleistungen gewachsenen Existenzrisiken durch die Aufnahme von Konsumenten- und Hypothekenkrediten ausgleichen zu können. Diese Kalkulation konnte nicht aufgehen.